

ESWATINI 2021

Als Reaktion auf die Pro-Demokratie-Proteste und die Proteste gegen Polizeigewalt ging die Regierung brutal gegen die Menschenrechte vor. Repressive Gesetze wurden eingesetzt, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und gegen friedliche Demonstranten, einschließlich Kinder, vorzugehen. Die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nahm unter den Restriktionen von Covid-19 zu. Einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen blieben ein Straftatbestand. Hunderte von Familien waren weiterhin von Zwangsräumungen bedroht.

Freiheit der Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit

Im Mai reagierte die Regierung mit einem brutalen Vorgehen gegen die Menschenrechte auf die anhaltenden Proteste, bei denen ein Ende der Polizeibrutalität und demokratische Reformen gefordert wurden. Auslöser der Proteste war der verdächtige Tod des 25-jährigen Jurastudenten Thabani Nkomonye, der mutmaßlich von Beamten des Royal Eswatini Police Service getötet wurde. Die Proteste wurden von jungen Aktivisten, Menschenrechtsverteidigern sowie zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen angeführt, die ein Ende der jahrelangen politischen Unterdrückung forderten.¹

Die Behörden griffen auf repressive Gesetze zurück, darunter das Gesetz über aufrührerische und subversive Aktivitäten von 1938 und das Gesetz zur Unterdrückung des Terrorismus von 2008, um Kritiker zum Schweigen zu bringen. Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und politische Aktivisten wurden strafrechtlich verfolgt und inhaftiert; sie lebten in Angst vor Repressalien, weil sie sich gegen die Unterdrückung aussprachen. Bis Oktober wurden über 1.000 Menschen, darunter 38 Kinder, willkürlich verhaftet. Die Abgeordneten Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube wurden am 25. Juli verhaftet, seitdem werden sie aufgrund erfundener Anschuldigungen festgehalten und dürfen keine Kautions stellen.²

Die Eswatini Communications Commission ordnete am 29. Juli und erneut am 15. Oktober an, dass Netzbetreiber und Telekommunikationsunternehmen das Internet abschalten müssen.³

Exzessiver Einsatz von Gewalt

Tausende von friedlichen Demonstranten wurden von Armee und Polizei gewaltsam auseinandergetrieben, die scharfe Munition, Gummigeschosse und Tränengas einsetzten (siehe oben, Meinungs- und Versammlungsfreiheit). Bis Oktober wurden mehr als 80 Menschen getötet und über 200 Menschen zum Teil schwer verletzt.

Dutzende von Menschen, die im Juni und Juli verletzt wurden, erlitten bleibende Behinderungen, was die ohnehin schon schlechte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage vieler EmaSwati noch verschlimmerte. Die Krankenhäuser waren mit dem Anstieg der Nachfrage überfordert, und es gab zahlreiche Berichte über Polizisten und Armeeinghörige, die medizinisches Personal zur Herausgabe von Beweismaterial zwangen, z. B. von Kugeln, die aus den Körpern der Demonstranten entfernt wurden.

DISKRIMINIERUNG

Geschlechtsspezifische Gewalt

Es gab weiterhin Vorfälle geschlechtsspezifischer Gewalt, und eine von drei Frauen hatte bis zum Alter von 18 Jahren einen solchen Missbrauch erlebt; 48 % der Frauen gaben an, eine Form von sexueller Gewalt erlebt zu haben. Das Gesetz über sexuelle Straftaten und häusliche Gewalt von 2018 reichte allein nicht aus, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen, vor allem wenn die wirtschaftlichen Bedingungen und die sozialen und kulturellen Normen ein ständiges Hindernis für die Justiz darstellen und es den Tätern weitgehend ermöglichen, ungestraft zu handeln. Die Schließung von 19 Schulen behinderte den Zugang der Überlebenden zu Unterstützungsdiensten und Justizmechanismen und erhöhte das Risiko von Gewalt.

Mädchen waren aufgrund der Schulschließungen, die zu einer steigenden Zahl von Teenager-Schwangerschaften führten, besonders betroffen.

Rechte von LGBTI-Personen

Einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen bleiben eine Straftat. Mehr als ein Jahr nach der Anhörung einer Petition der Eswatini Sexual and Gender Minorities advocacy group, die die Entscheidung des Registrars of Companies aus dem Jahr 2019 angefochten hatte, ihren Antrag auf Eintragung als Organisation abzulehnen, hat der High Court kein Urteil gefällt. Bei der Ablehnung des Antrags hatte der Registrar argumentiert, dass einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen "ungesetzlich" und "unnatürlich" seien.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Zwangsräumungen

Zwangsräumungen, die von Landbesitzern veranlasst wurden, die Schritte unternahmen, um ihr Land zurückzuerobern, bedrohten weiterhin das Recht hunderter EmaSwati-Familien auf angemessenen Wohnraum. Marginalisierte Gruppen wie Witwen oder Familien, deren Haushalt von Kindern oder Frauen geführt wird, waren am stärksten betroffen; sie verfügten häufig nicht über ausreichende Mittel, um gegen Zwangsräumungen vorzugehen.

Diejenigen, die von einer drohenden Räumung bedroht waren, wurden durch das äußerst mangelhafte System der Landverwaltung besonders benachteiligt. Die Bewohner hatten seit 2014 in Gege und 2019 in Sigombeni Rechtsmittel gegen Zwangsräumungen eingelegt; sie wurden ständig zwischen Ministerien, Häuptlingstümern und Gerichten hin- und hergeschoben, was die Rechtsprechung verzögerte. Im Juli und September wurde den Gemeinden in Velezizweni bzw. Ntontonzi die Zwangsräumung angedroht, von der 130 Familien betroffen waren.

¹ [Eswatini: Behörden starten brutalen Angriff auf Menschenrechte mit Razzien gegen Andersdenkende \(Index: AFR 55/4247/2021\), 7. Juni](#)

² ["Eswatini: Behörden müssen erfundene Anklagen gegen Abgeordnete fallen lassen und sie sofort und bedingungslos freilassen", 29. Juli](#)

³ ["Eswatini: Inhaftierte Abgeordnete müssen sofort freigelassen und alle Anklagen gegen sie fallen gelassen werden", 19. Oktober](#)